Niedersächsisches Ministerialblatt

70. (75.) Jahrgang

Hannover, den 14. 10. 2020

Nummer 47

INHALT

A. Staatskanzlei	
B. Ministerium für Inneres und Sport	
Erl. 30. 9. 2020, Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Unterstützung von der COVID-19-Pandemie in ihrer Existenz bedrohten gemeinnützigen Sportorganisationen (Corona-Sonderprogramm für Sportorganisationen) 64100	1132
Bek. 30. 9. 2020, Gemeindefinanzplanung; Orientierungsdaten für den Planungszeitraum 2020 bis 2024	1132
C. Finanzministerium	
RdErl. 1. 10. 2020, Niedersächsische Beihilfeverordnung (NBhVO); Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) — Abrechnungsempfehlungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie	1134
RdErl. 1. 10. 2020, Niedersächsische Beihilfeverordnung (NBhVO); Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) — Beschlüsse des Beratungsforums für Gebührenordnungsfragen	1134
RdErl. 8. 10. 2020, Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 — Landeshaushalt	1135
D. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	
E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur	
F. Kultusministerium	
Erl. 16. 9. 2020, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Übernahme und der Einstellung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben	1136
Erl. 16. 9. 2020, Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Unterstützung einer erhöhten Mobilität von Auszubildenden (RL Mobilität)	1136
Erl. 16. 9. 2020, Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Unterstützung und Entlastung von Ausbildungsbetrieben (RL Entlastung)	1137
Erl. 16. 9. 2020, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur beruflichen Qualifizierung Auszubildender durch Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung zur Entlastung der ausbildenden Betriebe (RL ÜLU 2)	1138
G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung	
H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
I. Justizministerium	
K. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz	
Erl. 1. 10. 2020, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Aufwertung des niedersächsischen Natur- und Kulturerbes sowie für die Sicherung der biologischen Vielfalt (Richtlinie „Landschaftswerte“)	1140
L. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung	
Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser	
Bek. 2. 10. 2020, Änderung der Satzung der „Hermann-Schnipkoweit-Stiftung“	1140
Bek. 5. 10. 2020, Aufhebung der „Alfred-Wittkopp-Stiftung“	1140
Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	
Bek. 9. 10. 2020, Planfeststellungsverfahren für den Neubau der A 33 von der A 1 (nördlich Osnabrück) bis zur A 33/B 51n (Ortsumgehung Belm) von Bau-km 39 + 990 bis Bau-km 49 + 430	1140
Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Göttingen	
Bek. 14. 10. 2020, Genehmigungsverfahren gemäß § 10 GenTG; Öffentliche Bekanntmachung (Deutsches Primatenzentrum GmbH, Göttingen)	1143
Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hannover	
Bek. 14. 10. 2020, Durchführung des BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (BASF Polyurethanes GmbH, Lemförde)	1143
Bek. 14. 10. 2020, Entscheidung nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Hannoveraner Wertstoffzentrum GmbH)	1144
Bekanntmachungen der Kommunen	
VO 25. 9. 2020, Verordnung des Landkreises Heidekreis über das Landschaftsschutzgebiet „Böhmeaue“ im Landkreis Heidekreis	1145

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei

Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400. Druck: Umweltdruckhaus Hannover GmbH, Langenhagen. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugskündigung kann nur 6 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abonnementservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405

Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 3,10 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten

**Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr**

**Planfeststellungsverfahren für den Neubau der A 33
von der A 1 (nördlich Osnabrück) bis zur
A 33/B 51n (Ortsumgehung Belm) von
Bau-km 39 + 990 bis Bau-km 49 + 430**

**Bek. d. NLSStBV v. 9. 10. 2020
— P248-31027-1-26/A33 —**

I.

Der regionale Geschäftsbereich Osnabrück der NLSStBV hat für das o. g. Vorhaben die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach dem FStrG i. V. m. den §§ 72 bis 78 VwVfG bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 51 — Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, beantragt.

Für das Vorhaben besteht nach § 3 b Abs. 1 UVPG in der bis zum 15. 5. 2017 geltenden Fassung (jetzt: § 74 Abs. 2 UVPG) i. V. m. Nummer 14.3 der Anlage 1 UVPG die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Bestimmungen des UVPG.

Der geplante Streckenabschnitt der A 33 befindet sich nordöstlich der kreisfreien Stadt Osnabrück und bildet den Lückenschluss zwischen der A 1 im Norden und dem derzeit vorhandenen Streckenende in Höhe der Gemeinde Belm; er beginnt mit Bau-km 39 + 990 an der A 1 (nördlich Osnabrück) und endet mit Bau-km 49 + 430 westlich der Gemeinde Belm mit dem Anschluss an die B 51n (Ortsumgehung [OU] Belm). Die Gesamtlänge beträgt ohne Anschlussrampen und Überführungs- oder Verteilerfahrbahnen etwa 9,5 km. Der Trassenverlauf führt durch die Gebiete der Stadt Bramsche sowie der Gemeinden Wallenhorst und Belm und tangiert nördlich die Stadt Osnabrück.

Die Fernautobahn A 33 wird als anbaufreie, zweibahnige Straße mit planfreien und teilplanfreien Knotenpunkten außerhalb und innerhalb bebauter Gebiete eingestuft. Die Nutzung ist ausschließlich dem schnellen Kfz-Verkehr vorbehalten. Die Trassierung in Lage und Höhe wurde so gewählt, dass außer in den Bereichen der planfreien Knotenpunkte am Bauanfang und -ende in der Regel keine Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit erforderlich ist. Als maßgebend gilt somit eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h. Da es in Teilbereichen zu Unterschreitungen der erforderlichen Haltesichtweiten kommt, wird in den entsprechenden Abschnitten eine Geschwindigkeitsbeschränkung bei Nässe erforderlich.

Aufgrund der durch den Neubau der A 33 erwarteten Entlastung der B 68 wird diese Bundesstraße zwischen der A 1 (Anschlussstelle [AS] Osnabrück-Nord) und der A 30 (AS Osnabrück-Nahne) zur Landesstraße abgestuft. Vier kommunale Verbindungswege, Barenauer Weg und Vor dem Bruch, beides Gemeindestraßen, sowie Kohkamp und Hinter dem Felde, werden über die Neubaustrecke geführt. Die querenden klassifizierten Straßen (Landesstraße 109 und die Kreisstraßen 342 und 316) sowie die kommunalen Verbindungswege An der Ruller Flut und Eschkötterweg werden unterführt.

Die Antragstrasse quert von Bau-km 40 + 026 bis Bau-km 42 + 214 das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) DE 3614-334 „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“.

Unvermeidliche Zerschneidungswirkungen sollen durch zwei Grünbrücken und drei Faunabrücken sowie vier weitere Faunapassagen (zwei Überführungsbauwerke und zwei Unterquerungen) gemindert werden. Zusätzlich sind entlang der Neubaustrecke abschnittsweise zahlreiche Kollisions- und Irritationsschutzzeineinrichtungen (Zäune/Wände) geplant.

Für die gewählte Linie, die nach Darstellung in den Planunterlagen ohne zumutbare Alternative ist, kann nach den vorgelegten Untersuchungen eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes DE 3614-334 „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ nicht ausgeschlossen werden, wobei eine erhebliche Beeinträchtigung des prioritären Lebensraumtypen 91 EO* (Erlen-Eschen-Auwald) infolge direkter Überbauung, Waldanschnitt sowie Vorhaben bedingter Stickstoffdepositionen entsprechend einer flächenhaften Beeinträchtigung von ca. 14 500 m² für das genannte FFH-Gebiet bilanziert ist. Das Projekt kann somit nur im Rahmen einer Abweichungsentscheidung nach § 34 Abs. 3 BNatSchG zugelassen werden, wofür resultierend aus der Betroffenheit eines prioritären Lebensraumtyps in dem laufenden Verfahren eine Stellungnahme der EU-Kommission nach § 34 Abs. 4 BNatSchG eingeholt werden wird.

Die Planung wirkt sich mit Inanspruchnahmen für den Straßenbau und entlang der Trasse in der Gemeinde Belm (Gemarkung Powe), der Gemeinde Wallenhorst (Gemarkungen Rulle, Wallenhorst), der Stadt Bramsche (Gemarkung Schleptrup) und der Stadt Osnabrück (Gemarkung Schinkel) aus.

Für Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Trassenbereichs werden Flächen in der Gemeinde Belm (Gemarkungen Icker, Powe, Vehrte), der Stadt Bramsche (Gemarkungen Achmer, Engter, Evinghausen, Schleptrup), der Stadt Osnabrück (Gemarkungen Gretesch, Haste, Schinkel) sowie der Gemeinde Wallenhorst (Gemarkungen Lechtingen, Rulle, Wallenhorst) in Anspruch genommen.

Verkehrslärmzuwächse infolge der Baumaßnahme ergeben sich nach der zugrunde gelegten Verkehrsprognose in Bereichen der Städte Osnabrück und Georgsmarienhütte an der be-

stehenden A 33 und in Bereichen der Stadt Bramsche entlang der B 218.

Die vorliegenden Planunterlagen enthalten die folgenden wesentlichen entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens:

- Unterlage 1 Erläuterungsbericht mit
 - Anlage 1 Allgemeinverständliche, nichttechnische Zusammenstellung über die voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens,
 - Anlage 2 Protokoll NLWKN/NLStBV, Messbarkeit der Verschlechterung in Gewässern bei stofflichen Nachweisen für die Regenwasserbehandlung,
- Unterlage 2 Übersichtskarte,
- Unterlage 3 Übersichtslageplan,
- Unterlage 4 Übersichtshöhenpläne,
- Unterlage 5 Lagepläne,
- Unterlage 6 Höhenpläne,
- Unterlage 7 Lageplan der Immissionsschutzmaßnahmen:
 - 7.1 Übersichtslageplan der Immissionsschutzmaßnahmen,
 - 7.2 Lageplan der Immissionsschutzmaßnahmen,
- Unterlage 8 Lageplan der Entwässerungsmaßnahmen,
- Unterlage 9 Landschaftspflegerische Maßnahmen:
 - 9.1 Maßnahmenübersichtskarte,
 - 9.2 Maßnahmenübersichtsplan,
 - 9.3 Maßnahmenplan,
 - 9.4 Maßnahmenblätter,
 - 9.5 Tabellarische Gegenüberstellung von Eingriff und Kompensation,
- Unterlage 10 Grunderwerb:
 - 10.1 Grunderwerbsverzeichnis (anonymisiert),
 - 10.2 Grunderwerbsplan (Übersichtslageplan) und Grunderwerbspläne,
- Unterlage 11 Regelungsverzeichnis,
- Unterlage 12 Widmung/Umstufung/Einziehung,
- Unterlage 14 Straßenquerschnitt,
- Unterlage 16 Besitzstandskarten,
- Unterlage 17 Immissionstechnische Untersuchungen,
- Unterlage 18 Wassertechnische Untersuchungen,
- Unterlage 19 Umweltfachliche Untersuchungen:
 - 19.1 Landschaftspflegerischer Begleitplan:
 - 19.1.1 Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) – Erläuterungsbericht,
 - 19.1.2 Bestandsübersicht,
 - 19.1.3 Bestands- und Konfliktplan,
 - 19.2 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag,
 - 19.3 FFH-Verträglichkeitsprüfungen,
 - 19.4 Faunistische Untersuchungen 2010–2014,
 - 19.5 Ermittlung des straßenverkehrsbedingten Stickstoffeintrages in zwei FFH-Gebiete im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der A 33 nördlich von Osnabrück,
- Unterlage 20 Geotechnische Untersuchungen,
- Unterlage 21.1 Varianten bzw. Alternativenbetrachtungen und Wahl der Linie,
- Unterlage 22.1 Verkehrsuntersuchung.

II.

1. Die Planfeststellungsunterlagen können in der Zeit **vom 26. 10. bis zum 25. 11. 2020 (einschließlich)** auf der Internetseite <https://uvp.niedersachsen.de> und dort unter dem Titel „Neubau der A 33 von der A 1 (nördlich Osnabrück) bis zur A 33/B 51n (OU Belm)“ eingesehen werden. Die Auslegung der Unterlagen erfolgt in elektronischer Form aufgrund des § 3 Abs. 1 PlanSiG.

Daneben liegen die Planunterlagen nach § 3 Abs. 2 Satz 1 PlanSiG als zusätzliches Informationsangebot in der Zeit **vom 26. 10. bis einschließlich 25. 11. 2020** in den folgenden Kommunen während der jeweils angegebenen Dienststunden zur allgemeinen Einsichtnahme aus:

Stadt Bramsche, Hasestraße 11, 49565 Bramsche,

montags und dienstags in der Zeit von	8.00 bis 16.00 Uhr,
mittwochs und freitags in der Zeit von	8.00 bis 12.00 Uhr,
donnerstags in der Zeit von	8.00 bis 18.00 Uhr.

Aufgrund der allgemeinen Pandemielage (COVID-19-Pandemie) ist das Rathaus der Stadt Bramsche geschlossen. Die Einsicht kann für die Zeit der Schließung nur nach vorheriger Terminabsprache erfolgen. Sie kann telefonisch unter Tel. 05461 83-0 vereinbart werden. Sollte das Rathaus während des o. g. Zeitraumes wieder geöffnet werden, liegen die Unterlagen am genannten Ort während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Gemeinde Belm, Zimmer 41, Marktring 13, 49191 Belm,

montags, dienstags, donnerstags und freitags in der Zeit von	8.30 bis 12.00 Uhr,
mittwochs in der Zeit von	8.30 bis 12.00 Uhr und 15.30 bis 18.00 Uhr.

Aufgrund der allgemeinen Pandemielage (COVID-19-Pandemie) ist das Rathaus der Gemeinde Belm geschlossen. Die Einsicht kann für die Zeit der Schließung nur nach vorheriger Terminabsprache erfolgen. Sie kann telefonisch unter Tel. 05406 505-47 oder unter der E-Mail-Adresse wittfeld@belm.de vereinbart werden. Sollte das Rathaus während des o. g. Zeitraumes wieder geöffnet werden, liegen die Unterlagen am genannten Ort während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Stadt Georgsmarienhütte, Fachbereich IV — Abteilung Stadtplanung, Zimmer 241, Oeseder Straße 85, 49124 Georgsmarienhütte,

montags bis mittwochs in der Zeit von	8.30 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.30 Uhr,
donnerstags in der Zeit von	8.30 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 17.30 Uhr,
freitags in der Zeit von	8.30 bis 12.00 Uhr.

Aufgrund der allgemeinen Pandemielage (COVID-19-Pandemie) ist das Rathaus der Stadt Georgsmarienhütte geschlossen. Die Einsicht kann für die Zeit der Schließung nur nach vorheriger Terminabsprache erfolgen. Sie kann telefonisch unter Tel. 05401 850-241 oder unter der E-Mail-Adresse Britta.Sydekum@Georgsmarienhuetten.de vereinbart werden. Sollte das Rathaus während des o. g. Zeitraumes wieder geöffnet werden, liegen die Unterlagen am genannten Ort während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Gemeinde Wallenhorst, Rathausallee 1, 49134 Wallenhorst,

montags, mittwochs und freitags in der Zeit von	8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr,
dienstags und donnerstags in der Zeit von	8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 17.30 Uhr.

Aufgrund der allgemeinen Pandemielage (COVID-19-Pandemie) ist das Rathaus der Gemeinde Wallenhorst geschlossen. Die Einsicht kann für die Zeit der Schließung nur nach vorheriger Terminabsprache erfolgen. Sie kann telefonisch unter Tel. 05407 888-730 oder unter der E-Mail-Adresse draber@wallenhorst.de vereinbart werden. Sollte das Rathaus während des o. g. Zeitraumes wieder geöffnet werden, liegen die Unterlagen am genannten Ort während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Stadt Osnabrück, Fachbereich Städtebau, Dominikanerkloster, Hasemauer 1, 49074 Osnabrück, im Erdgeschoss,

montags bis donnerstags in der Zeit von	9.00 bis 17.00 Uhr,
freitags in der Zeit von	9.00 bis 13.00 Uhr.

Maßgeblich ist der Inhalt der Auslegung im Internet. Darüber hinaus nimmt die NLStBV auch die Belange von Personen in

den Blick, die keinen oder keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben, um Einsicht in die auszulegenden Unterlagen nehmen zu können. Als zusätzliches Informationsangebot bietet die NLStBV daher im o. g. Zeitraum gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 PlanSiG den Versand der Unterlagen auf einem Datenträger an. Interessierte werden gebeten, sich hierzu per E-Mail an poststelle@nlstbv.niedersachsen.de oder schriftlich an die unten aufgeführte Adresse der NLStBV, an die auch Äußerungen zu richten sind, zu wenden.

Jeder Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Anerkannte Vereinigungen nach § 3 UmwRG erhalten durch die öffentliche Planauslegung Gelegenheit zur Einsicht in die dem Plan zugrunde liegenden (einschlägigen) Sachverständigengutachten; sie können Stellungnahmen zu dem Plan abgeben, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden.

Die Äußerungen (Einwendungen und/oder Stellungnahmen) sind **bis einschließlich zum 3. 2. 2021** schriftlich oder zur Niederschrift bei einer der Auslegungsgemeinden, dies sind Städte Bramsche, Osnabrück und Georgsmarienhütte sowie die Gemeinden Belm und Wallenhorst, oder der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 51 „Planfeststellung“, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, einzureichen. **Vor dem 26. 10. 2020** eingehende Äußerungen werden als unzulässig zurückgewiesen. Einwendungen müssen eigenhändig unterschrieben sein. Eine E-Mail erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform nicht.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für dieses Planfeststellungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 21 Abs. 4 UVPG).

Bei Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin oder ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin oder Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin oder ein einziger Unterzeichner als Vertreterin oder Vertreter für die jeweiligen Unterschriftenlisten bzw. gleichlautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin oder Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äußerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

2. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der Äußerungen verzichten (§ 17 a Nr. 1 FStrG).

Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin oder der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG).

In dem Termin kann bei Ausbleiben einer oder eines Beteiligten auch ohne sie oder ihn verhandelt werden.

3. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Einreichen von Äußerungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

4. Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die NLStBV (Planfeststellungsbehörde). Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die sich geäußert haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 2 VwVfG).

III.

Vom Beginn der Auslegung des Plans an tritt die Veränderungssperre nach § 9 a Abs. 1 FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 9 a Abs. 6

FStG). Zugleich tritt die Anbaubeschränkung bzw. das Anbauverbot nach § 9 FStG in Kraft.

Hinsichtlich der Informationen nach Artikel 13 DSGVO wird auf das bei Auslegung den Planunterlagen vorangestellte Merkblatt zur Datenverarbeitung im Planfeststellungsverfahren verwiesen. Diesem Merkblatt sind die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, ihre Speicherdauer sowie Informationen über die Betroffenenrechte nach der DSGVO im Planfeststellungsverfahren zu entnehmen.

Der Text dieser Bek. kann auch auf der Internetseite <https://uvp.niedersachsen.de> eingesehen werden.

— Nds. MBl. Nr. 47/2020 S. 1140